

Mit einer starken Die Linke -für ein friedliches, soziales und grünes Treptow-Köpenick

Als Linke kämpfen wir auch in Treptow-Köpenick für eine Welt, die nicht von Kriegen, Klimakatastrophe und Kapitalismus ruiniert wird. Die politische Weltlage hat sich weiter verschärft. Wir stehen heute vor der größten Gefahr einer globalen militärischen Auseinandersetzung. Der Weltfrieden, die menschliche Zivilisation und das Leben auf der Erde sind ernsthaft bedroht. Wir wollen, dass alle Menschen in Frieden, Freiheit, Würde und im Einklang mit der Natur leben können. Dieser Anspruch bleibt unser sozialistischer Kompass.

Wir setzen, der Militarisierung entschieden die Umsetzung der Friedenspolitischen Beschlüsse des letzten Bundesparteitages und eine solidarische Klima- und Sozialpolitik entgegen. Wir unterstützen insbesondere Aktionen gegen die geplante Stationierung neuer Mittelstrecken-raketen auf deutschem Boden. Denn in Zeiten, in denen Deutschland wieder "kriegstüchtig" werden soll, braucht es eine große und breit getragene Friedensbewegung. Unser friedens-politisches Engagement verbinden wir mit unserem Kampf gegen Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und für soziale Sicherheit. Statt auf Aufrüstung zu setzen, wollen wir in den Sozialstaat investieren. Mit Investitionen in Infrastruktur, Soziales, Bildung, Gesundheit, Pflege und Kultur.

Berlin stehen harte Zeiten bevor - der schwarz-rote Senat betreibt eine ruinöse Kürzungspolitik mit enormen Sozialkürzungen, die auch in unserem Bezirk ihre Wirkung entfaltet. Schon jetzt wurde bekannt, dass in unserem Bezirk von 2027 - 2033 insgesamt 100 Millionen Euro im Investitionsprogramm gekürzt werden, dies betrifft in Treptow-Köpenick allein den Bereich Schule.

Die dringend notwendigen baulichen Maßnahmen, Schaffung von Schulplätzen, Sanierungen, Sporthallenbau etc. müssen auf Jahre nach hinten verschoben werden und das vor dem Hintergrund eines akuten Mangels an Schulplätzen im Bezirk. Dabei ist die Haushaltskrise vor allem selbst gemacht. Berlin treibt bei denen, die viel Geld haben, immer weniger Geld ein, wohingegen die mittleren und kleinen Einkommen anteilmäßig mehr in die öffentlichen Kassen einzahlen. Anfang 2024 bestanden über 900 Millionen Steuerrückstände, ein Anstieg um über 300 Millionen innerhalb eines Jahres. Anstatt die Steuerprüfquote bei Millionären und gutverdienenden Unternehmen zu erhöhen, um Steuergerechtigkeit sowie die Einnahmen zu erhöhen, verstärkt sich die desolante Personalsituation in den Berliner Finanzämtern: 329 Vollzeitstellen sind derzeit unbesetzt. Auf Bundesebene tragen SPD, FDP, Grüne und CDU die Verantwortung dafür, dass Superreiche viel zu wenig Steuern zahlen müssen und mit ihrem enormen Reichtum auf Kosten der Allgemeinheit leben- auch das gehört zu den Ursachen für die vermeintlichen „Sachzwänge“ mit denen die Kürzungspolitik begründet wird.

Anstatt wichtige Investitionen in die Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge unserer Stadt voranzutreiben und abzusichern, ergehen sich CDU und SPD in Klientelgeschenken. Radschnellwege, die eine moderne, klimagerechte und zukunftsfeste Mobilität fördern könnten, werden komplett gestrichen - auch in Treptow-Köpenick. Die vielen sozialen Träger, die Jugendclubs, die Straßensozialarbeit mit Obdachlosen, die Frauenhäuser und viele weitere Projekte, die den Zusammenhalt unserer Stadt stärken und ausmachen, blicken dagegen in eine ungewisse Zukunft, weil ihnen Gelder gekürzt werden. Mittel aus dem Senat zur auftragsweisen Bewirtschaftung sind in Frage gestellt, da bedeutete ein Aus für wichtige Bereiche, von Grünflächenpflege über Infrastruktur bis Soziales und Kultur.

Die 130 Millionen Euro, die allein im kommenden Jahr an der Berliner Kultur gespart werden sollen, stellen schlicht die Existenz vieler kleiner Institutionen und Akteur*innen der Freien Szene aufs Spiel. Ebenso trifft die Kürzungspolitik auch den Bildungsbereich hart: Zuschüsse für Klassenfahrten, besonders für Bürgergeldempfangende, werden gestrichen, was vielen die Teilnahme unmöglich macht und zu sozialer Ausgrenzung führt. Das kostenlose Mittagessen in Grundschulen steht auf der Kippe. Teile des in Schulen notwendigen nichtlehrenden Personals, wie z.B. Schulbibliothekar*innen, werden oft nur noch durch den zweiten Arbeitsmarkt finanziert. Diese prekäre Personalpolitik gefährdet die Qualität und Stabilität unserer Schulen und damit letztlich unser aller Zukunft. Zusätzlich gibt es immer häufiger Auftritte der Bundeswehr durch Jugendoffiziere und Karriereberater an Schulen und auf Ausbildungsmessen auch in unserem Bezirk (wie im FEZ im September 2024). Ihr Ziel ist es, junge Menschen, auch unter 18-jährige für den Dienst/Beruf an der Waffe zu gewinnen, die hohen Rüstungsausgaben der deutschen Regierung zu legitimieren, die Ziele der nationalen „Kriegstüchtigkeit“ an junge Menschen zu vermitteln und somit die Bundeswehr als „alltagstauglichen“ Arbeitgeber darzustellen. Wir wollen in einer Welt leben, in der Jugendliche sich frei entfalten können, statt schießen zu lernen. Wir organisieren und unterstützen Widerstand gegen Militarisierung und Aufrüstung vor Ort, insbesondere die „Kampagne gegen die Wehrpflicht und Bundeswehr an Schulen“ unseres Jugendverbandes „solid“ und weiteren konkreten Initiativen im Rahmen unserer Bündnisarbeit.

Anstatt endlich Deutsche Wohnen & Co zu enteignen oder sich im Bund für einen Mietendeckel einzusetzen, lässt der Senat die Mieter*innen im Stich. Die Konsequenz: immer neue Mieterhöhungen und Heizkostenabzocke, auch bei den landeseigenen Wohnungen.

Die schlechte Politik des Senats verstärkt dabei bereits bestehende Problemlagen und verstärkt bereits bestehende Probleme und verschärft Ungerechtigkeiten statt sie anzugehen. In Berlin lebt mehr als jedes vierte Kind in Armut, in Treptow-Köpenick ist es mehr als jedes fünfte. Unser Bezirk ist weiterhin massiv unterversorgt mit Ärzten. In keinem Berliner Bezirk ist die Versorgung bei Hausärzten, bei Kinder- und Jugendärzten oder bei Augenärzten so schlecht wie bei uns - während in anderen Bezirken, insbesondere in den West-Berliner Bezirken mit durchschnittlich besonders hohem Einkommen, sogar eine Überversorgung besteht. Wir fordern das Ende der Zwei-Klassen-Medizin mit der Unterscheidung in Privat- und Kassenpatienten und eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege für alle!

Wir sagen deutlich: Berlin darf nicht zur Beute von Investor*innen werden. Wir sind bereit zu kämpfen. Für eine lebenswerte Zukunft in dieser Stadt und für eine starke Linke.

Unser Fahrplan 2026

Die kommenden zwei Jahre stehen im Zeichen entscheidender politischer Herausforderungen und wichtiger Wahlen. In dieser Zeit haben wir es in der Hand, Die Linke auch in unserem Bezirk so aufzustellen, dass die Partei eine Zukunft hat. Mit der vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar 2025 und den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und der BVV im Herbst 2026 haben wir zwei wichtige Wahlen zu bestreiten. Bei der Bundestagswahl geht es auch um die parlamentarische Existenz der Linken im Deutschen Bundestag, wozu wir mit der Verteidigung des Direktmandats hier im Bezirk einen wichtigen Beitrag leisten werden.

Die Ausgangslage ist dabei nicht einfach: Bei der Europawahl haben wir bundesweit ein katastrophales Ergebnis von 2,7 % erreicht. Im Bezirk Treptow-Köpenick erreichten wir 8,4 %

und haben damit mehr als die Hälfte unseres Stimmenanteils (-10,2%) eingebüßt. Es ist klar, dass die Gründe für das schlechte Ergebnis auch bei uns im Bezirk analysiert werden müssen. Hinzukommt, dass die faschistische AfD bei uns im Bezirk stärkste Kraft wurde.

Und in keinem anderen Bezirk dokumentiert das Berliner Register für dieses Jahr mehr Vorfälle rechter Aktionen als in Treptow-Köpenick: in Summe bisher 812. Nicht nur, weil es zu den Grundfesten unserer Partei zählt, müssen wir den antifaschistischen Kampf noch ernster und entschiedener führen, sondern weil der wachsende Einfluss vom „III. Weg“ und anderen neonazistischen Gruppen eine reale Bedrohung für deren ausgemachte Gegner*innen bedeutet! Hier bleibt die politische Bündnisarbeit wichtig, um in der Arbeit gegen Rechts die notwendige gesellschaftliche Breite herzustellen.

Aber nicht allein die Analyse der letzten Wahlergebnisse ist notwendig, sondern auch die der Potentiale in unserem Bezirk. Wir beteiligen uns deshalb an der nach dem Hallenser Parteitag gestarteten Gesprächsoffensive der Partei, um auch bei uns im Bezirk im Gespräch mit den Menschen vor Ort zu erfahren, welche Themen sie in der Bundespolitik, aber auch konkret vor Ort beschäftigen. Diese Erkenntnisse werden auch in den Prozess der Erstellung des Wahlprogramms sowohl im Bund, als auch Land und Bezirk einfließen.

Die nächsten zwei Jahre werden entscheidend für unsere politische Zukunft und unsere Verankerung in Treptow-Köpenick sein. In diese Zeit gehen wir mit der Verstärkung durch mehr als 100 neuen Genoss*innen, die innerhalb des letzten Jahres eingetreten sind. Der neu gewählte Bezirksvorstand steht damit vor großen Aufgaben, es gilt die Erneuerung der Partei voranzutreiben und in unmittelbare Stärke in den Wahlkämpfen sowie dauerhafte Verankerung in den unterschiedlichen Ortsteilen umzumünzen. Diese Verantwortung kann und darf aber nicht nur auf den Schultern des Bezirksvorstands lasten - das ist und bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe. Deshalb sollen zukünftig verstärkt auch Genoss*innen für einzelne Projekte in die Arbeit eingebunden werden, so können wir niedrighschwelliger Genoss*innen in die politische Arbeit einbeziehen, alle Fähigkeiten und das gesamte Wissen des Bezirksverbandes nutzen. Es liegt letztlich an uns allen im Bezirksverband Die Linke in Treptow-Köpenick stark aufzustellen. Dabei brauchen wir den Mut, die Talente, die Zuversicht, die Kompetenzen und Fähigkeiten und ganz irdisch auch die Zeit und Energie von vielen, um uns gemeinsam den gesellschaftlichen Verhältnissen entgegenzustellen und für eine bessere Welt, für ein besseres Berlin und ein besseres Treptow-Köpenick zu kämpfen.

Die Linke als Mitmachpartei - mit Angeboten der politischen Bildung

Der starke Zuwachs an Neumitgliedern ist eine große Bereicherung für unseren Bezirksverband. Das muss mit einer verstärkten Priorität auf einer guten Mitgliederarbeit untermauert werden, so dass es uns gelingt, die neuen Genoss*innen in die Partei und unsere Strukturen zu integrieren. Teil dieser Mitgliederarbeit sind Angebote der politischen Bildung in Theorie und Praxis, aber auch die Organisation von Gesprächsgelegenheiten ohne feste Tagesordnung und befreit vom Zwang der politischen Alltagsarbeit - etwa bei Sommerfesten oder unserem 1. Mai-Fest. Wir werden in der Mitgliederarbeit für die Einbindung und Mobilisierung der Genoss*innen verstärkt auf die neuen Möglichkeiten der neuen Mitgliederdatenbank „Zetkin“ setzen, etwa um Umfragen und Telefon-Aktionen zu organisieren. Zur Erneuerung der Partei gehört es einerseits die bestehenden Strukturen mit neuem Leben zu füllen und andererseits auch angesichts der Altersstruktur unserer Mitglieder in einigen Wahlkreisen über neue arbeits- und aktionsfähige Parteistrukturen nachzudenken. Damit soll es auch gelingen, unsere Aktionsfähigkeit und Sichtbarkeit im gesamten Bezirk

sicherzustellen, auch wenn dies in einigen Ortsteilen durch die bestehenden Strukturen teilweise nicht mehr abgesichert werden kann. Die damit verbundenen Strukturfragen für den Bezirk müssen aktiv angegangen werden.

Für den Bezirksverband ist es zudem wichtig, ein gemeinsames Verständnis linker Politik zu entwickeln, welches von Respekt und Anerkennung der auch bestehenden unterschiedlichen Positionen unter den Genoss*innen im Bezirk geprägt ist. Hilfreich hierfür sind inhaltliche Diskussionsveranstaltungen, die sich an alle Mitglieder und Sympathisant*innen im Bezirk richten, die die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaftsanalyse vermitteln und die aktuellen politischen Herausforderungen reflektieren.

Wir halten als Genoss*innen zusammen, auch wenn wir in einer Sache unterschiedlicher Meinung sind. Von solch einer durch Toleranz geprägten Diskussion profitieren wir. Zugleich müssen die basisdemokratisch abgestimmten Beschlüsse, die wir als Partei gefasst haben, auch nach Außen hin wahrnehmbar sein.

Wir wollen die Mitgliederarbeit verstärken, um eine Partei für alle zu sein. Neben niedrigschwelliger Ansprache und Möglichkeiten sich in die Partei einzubringen, wollen wir über Sommerfeste und andere Veranstaltungen einen Raum für den Austausch in der Partei zu öffnen. Hierbei geht es nicht allein um die Einbeziehung neuer Mitglieder, sondern auch darum die Partei als Raum für die teilweise langjährigen Mitglieder zu stärken - denn nur gemeinsam sind wir eine starke Linke.

Bundestagswahl 2025 - bereit zu kämpfen, bereit zu gewinnen

Die Ausgangslage ist schnell umrissen; die Ampel war ein äußerst unbeliebtes Konjunkturprogramm für Politikverdrossenheit. Unsoziale Politik trifft auf innere Zerstrittenheit: die groß angekündigte Fortschrittskoalition ist als neoliberales Weiterso gescheitert - und flog nun mit einem lauten Knall sogar vorzeitig auseinander. Für Die Linke geht es bei der jetzt anstehenden Bundestagswahl um viel - es droht ein Deutschland, in dem es keine linke Kraft mehr im Parlament gibt. Um das zu verhindern, muss Die Linke ein politisches Angebot von links formulieren, um auf die gesellschaftlichen Abstiegsängste zu reagieren. Für uns ist dabei klar, dass Solidarität unteilbar ist - anstatt nach unten zu treten und Personengruppen gegeneinander auszuspielen, gilt es, für ein besseres Leben für alle Menschen zu kämpfen. Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung - das ungerechte Machtgefälle zwischen „Oben“ und „Unten“ - muss von uns klar benannt und verändert werden.

In Treptow-Köpenick werden wir auf dieser Grundlage nicht nur für ein starkes Zweitstimmenergebnis kämpfen, sondern haben zudem mit Blick auf das Direktmandat unsere Hausaufgaben zu machen und das Direktmandat im Bezirk zu verteidigen.

Dabei gilt es angesichts des kurzen Wahlkampfes keine Zeit zu verlieren. Wir werden die Potentiale in den bestehenden BO-Strukturen nutzen und ggf. bestehende Unterstützungsbedarfe über bezirksweite Gruppen, wie die AG Linksaktiv oder die Linksjugend, die bereits im Europawahlkampf im gesamten Bezirk den Wahlkampf unterstützten, abdecken. Mit diesen Gruppen und den mehr als

100 Neueintritten seit Herbst 2023 haben wir ein Potential einen im gesamten Bezirk sichtbaren Wahlkampf zu organisieren. Zur Einbindung der Genoss*innen, die bisher nicht im

Wahlkampf aktiv waren, werden wir wieder eine Wahlkampfwerkstatt organisieren, bei der neben einer inhaltlichen Schulung auch Techniken des Wahlkampfs wie Haustürgespräche eingeübt werden.

Zudem werden wir für die verschiedenen Wahlkampfformate verantwortliche Personen ernennen, welche die verschiedenen Aktionen koordinieren und die Mitglieder zielgerichtet einbinden.

Es wird eine niedrigschwellige Ansprache geben, um auch die Genoss*innen, die nicht regelmäßig in den Parteistrukturen aktiv sind, für den Wahlkampf zu gewinnen. Über die Mitgliedermail und den Infokanal auf Telegram werden wir regelmäßig über die anstehenden Termine informieren und mit einer Telefonaktion zusätzlich Mitglieder für den Wahlkampf aktivieren. Wir werden in diesem Winterwahlkampf zeigen: Die Linke ist bereit zu kämpfen und Die Linke kann gewinnen.

Wahlen zum Abgeordnetenhaus und BVV 2026

Wir werden für den Wahlkampf im Jahr 2026 auf etablierten und gestärkten Wahlkampfstrukturen aus dem Bundestagswahlkampf aufsetzen können. Auch in 2026 werden wir um Direktmandate und ein starkes Zweitstimmenergebnis kämpfen und uns dafür entsprechend inhaltlich und personell aufstellen. Für die Abgeordnetenhauswahl haben wir das Ziel das im Bezirk gewonnene Direktmandat von Katalin Gennburg zu verteidigen und mit starken Kandidat*innen in den anderen Wahlkreisen um weitere Direktmandate zu kämpfen. Insbesondere zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung gilt es in einem partizipativen Prozess die Erfahrungen und Perspektiven aller Genoss*innen im Bezirk bei der Erarbeitung des bezirklichen Wahlprogramms aufzunehmen. Die sich daraus ergebende politische Schwerpunktsetzung muss sich auch in der Aufstellung der BVV-Liste widerspiegeln.

Die desaströse Bilanz des schwarz-roten Senats ist eine Katastrophe für die Stadt - in der politischen Wahlauseinandersetzung wird sie genügend Anknüpfungspunkte bieten, um den Berliner*innen deutlich zu machen, wo Die Linke durch eine fortschrittliche, rebellische und gleichermaßen realistische Regierungsarbeit den Unterschied machen würde.

Aufbauend auf die Erfahrungen aus dem Bundestagswahlkampf gilt es erneut den gesamten Bezirksverband für den Wahlkampf zu mobilisieren und auch für Neumitglieder einen niedrigschwelligen Einstieg zu ermöglichen, denn die Erfahrung zeigt, dass gerade in Wahlkämpfen sich viele Menschen zum Eintritt in Die Linke entschließen.

Sichtbarkeit auch zwischen den Wahlen - Kiez-Konflikte und Kümmererpartei

Die Gesprächsoffensive der Partei ist ein erster Schritt, um auch zwischen den Wahlkämpfen sichtbarer zu sein. Denn in Wahlkämpfen kann nur geerntet werden, was durch harte Arbeit im politischen Alltagsgeschäft an Zustimmung bereits gesät wurde. Der politische Mehrwert der Linken muss sich für die Menschen auch jenseits von Wahlen zeigen. Hinsichtlich der Tätigkeit von Amts- und Mandatsträgern braucht es eine gemeinsam abgestimmte Kommunikationsstrategie zwischen BVV-Fraktion, Abgeordneten im AGH und Bundestag, unserer Bezirksstadträtin und dem Bezirksverband.

Auch die kleinen Erfolge im Bezirk müssen wir verstärkt an die Menschen im Bezirk kommunizieren und die linke Handschrift im Bezirksamt aufzeigen. Ein wichtiger Bestandteil hierfür ist unser Blättchen. Als zweiten Pfeiler unserer Öffentlichkeitsarbeit müssen wir die

Kommunikation in den sozialen Medien ausbauen, insbesondere unter Neumitgliedern wurde hier Verbesserungsbedarf angesprochen und so gilt es die Kenntnisse auch neuer Mitglieder in diese Arbeit einzubinden und eine Strategie für eine verbesserte Onlinekommunikation zu entwickeln. Infostände sind für uns auch dann von Bedeutung, wenn wir nicht im Wahlkampf sind. Die Stände vor dem Jobcenter sollen daher weiter verstetigt, Informationsstände in den Kiezen regelmäßig organisiert werden.

Auf spezifische Problemlagen und besondere Entwicklungen in den Ortsteilen werden wir entsprechend reagieren. Die Unterschriftensammlung für den Einwohnerantrag in Plänterwald für eine bessere Nahversorgung und die damit verbundene Verschiebung der Diskussion hin zu den realen Fragen der sozialen Infrastruktur sind beispielhaft für das lohnenswerte Unterfangen, die vielerorts berechtigte Wut druckvoll in den demokratischen Diskurs einzuspeisen. Die von unserer Abgeordneten Katalin Gennburg mitgegründete Initiative „Sorge ins Park-Center“ sorgt mittlerweile bundesweit für Aufsehen und hat eine wichtige Diskussion („Shopping-Center zu Sorgezentren“) um die Verteilung des städtischen Raums angeschoben, in der ein feministischer Blick auf die Alltagsprobleme vieler Menschen mit dem Kampf um städtischen Raum verwoben wird.

Mit der neu gegründeten AG „Die Linke hilft“ schaffen wir jenseits von politischen Kampagnen ein leicht zugängliches Angebot einer Sozialberatung für Probleme aller Art: ob Probleme mit dem Jobcenter, Beratung bei Nebenkostenabrechnungen, Miet- oder Arbeitsrechtsfragen, oder einfach nur Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen (z.B. Wohngeld) - Die Linke hilft! Dabei wollen wir vor allem in die Kieze gehen, wo die sozialen Herausforderungen am größten sind und die Menschen oftmals mit der Politik abgeschlossen haben. Durch diese konkrete Unterstützung wollen wir als Kümmererpartei bei den Menschen sein, nicht nur um zu zeigen, dass Die Linke einen Unterschied macht, sondern auch um dadurch mehr Informationen über die Probleme vor Ort zu erlangen, die wiederum in die Arbeit unserer Parlamentarier*innen einfließen können.

Es gibt viel zu tun - packen wir es an. Kämpfen wir für unsere Zukunft!